

407/1

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Verleger und verantw. Redakteur **Franz Michew.**
Wien, I., Neues Rathaus.

20. Jahrgang. Wien, Mittwoch, 5. Dezember 1917. Nr. 387.

WIENER GEMEINDERAT

Sitzung am 5. Dezember 1917.

Vorsitzender Bgm. Dr. Weiskirchner:

Bgm. Dr. Weiskirchner eröffnet die Sitzung mit folgender Kundgebung: bei der sich die GR. von den Sitzen erheben: In wiederholter Kundgebung hat der Wiener Gemeinderat und die Wiener Bevölkerung ihrer Friedenssehnsucht Ausdruck gegeben und dem Minister des Aeussern für seine unentwegte zielbewusste Haltung in der Friedensfrage den Dank ausgesprochen. Seit gestern kann diese Haltung unserer Regierung ihren ersten Erfolg verzeichnen: die russische Regierung hat auch ihrerseits den Pfad des Friedens betreten und so dürfen wir mit berechtigter Zuversicht hoffen, dass die Verhandlungen, die zwischen den Verbündeten und Russland an den Fronten gepflogen werden, zu dem ersehnten Ergebnisse führen und uns in nicht zu ferner Zeit einen allgemeinen, dauerhaften und ehrenvollen Frieden bringen. (Beifall)

Das russische Volk, das dem Eroberungswillen unserer Feinde die grössten und blutigsten Opfer gebracht hat, ist zur Einsicht gekommen. Mögen auch die anderen Völker bald den Weg zur Würde des Menschen zurück finden und möge dem schwer geprüften Europa dann in ungestörter Friedezeit die Wiederaufrichtung und kulturelle Entwicklung beschieden sein.

Der vierte Kriegswinter hat mit seiner ganzen Stengete und den unsäglichen Opfern, die er an die Soldaten an der Front und die Bürger in der Heimat stellt, eingesetzt; die Verheissung des nahenden Friedens stärkt unsere Herzen und lässt uns der Hoffnung leben, dass unsere Söhne und Brüder bald zurückkehren und dass die Leiden und Entbehrungen der Männer, Frauen und Kinder in der Heimat ein baldiges Ende nehmen werden.

Unsere Regierung, die am Werke ist, den in der gestrigen Thronrede neuerdings in so erhebender Weise bekundeten Friedenswillen unseres geliebten Kaisers zu erfüllen, wird sich, wenn sie das Friedensziel erreicht, den Dank des Gemeinderates und der gesamten Bevölkerung für alle Zeiten sichern. (Lebhafter Beifall)

Auf die Glückwünsche der Stadt Wien zur Vermählung des Erzherzogs Max ist nachfolgendes Telegramm eingelangt: „Diese so überaus warmen Worte, mit welchen Euer Exzellenz mir anlässlich meiner Vermählung die Wünsche der lieben Wiener Bevölkerung vermittelten, haben die Erzherzogin und mich wahrhaft gerührt. Ich lege Wert darauf Euer Exzellenz davon überzeugt zu wissen wie freudig mich die Anteilnahme der lieben Wiener berührt und wird diese mir stets eine teure Erinnerung bleiben. Euer Exzellenz bitte ich meinen wärmsten, herzlichsten Dank entgegenzunehmen.“

BGM. Dr. Weiskirchner machte dann dem Gemeinderate auf die Ausführungen des Handelsminister Dr. von Wieser in der Sitzung des Budgetausschusses im Abgeordnetenhaus vom 22. v. Mts. aufmerksam. Bei Erörterung der Binnenschifffahrt besprach der Minister zunächst die Fragen unserer Donauschifffahrt und verwies darauf in welcher Masse gerade der Krieg die Wichtigkeit des Donauweges dargetan habe. Die auf militärischem und wirtschaftlichem Gebiete in dieser Richtung gewonnenen Erfahrungen zeigen, dass der uns hier gewiesene Weg mit Energie und zielbewusst weitergegangen werden müsse. Eine hervorragende Rolle werde dabei die Neugestaltung der rechtlichen Verhältnisse an der unteren Donau beim Friedensschlusse spielen. Im Zusammenhang mit der Hebung unserer Schifffahrt auf der Donau stehe die Frage der Binnenkanäle, welche in ein neues Licht gerückt worden sei und von der Tagesordnung nicht mehr verschwinden werde. Der Minister betonte das lobhafte In-

teresse, welches das Handelsministerium dieser Frage entgegenbringe und das sich insbesondere in der Richtung betätigen müsse, die volkswirtschaftlichen Gesamtinteressen in den Vordergrund zu stellen. Diese Erklärung stellt eine sehr erfreuliche Kundgebung sowie eine sehr wertvolle Ergänzung des seinerzeit vom Herrn Ministerpräsidenten bekanntgegebenen Programms der jetzigen Regierung dar.

Ich habe es für angezeigt erachtet, diese Aeusserung auch im Gemeinderate festzulegen, weil in letzter Zeit wieder Strömungen sich bemerkbar machen, welche den Donau-Oderkanal in zweiter Linie gestellt wissen wollen. Der Gemeinderat hält unverrückbar an dem Grundsatz fest, dass von den Binnenkanälen in erster Linie an den Bau des Donau Oder Kanals geschritten werden muss.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner teilt dann mit, dass Übermorgen der 80. Geburtstag des Ehrenbürgers von Wien Grafen Hans Wilczek sei und bittet um die Ermächtigung, dass sich das Gemeinderats-Präsidium korporativ zu ihm begibt, um die Glückwünsche der Stadt Wien zum Ausdruck zu bringen.

Die vereinigte Lederfabriken A.G. Flesch hat anlässlich der Hilfeleistung der städtischen Feuerwehr der Mannschaft einen Betrag von 2200 Kronen gewidmet.

Hugo Fürst hat 1000 Kronen für die armen Kinder der Ferienkolonie des 1. Bezirkes gespendet.

Bezirksrat Anton Heischer hat namens des Unter St. Veiter Kirchen-Jubiläums-Komitees 300 Kronen erlegt.

Die Kaiser Franz Josef Jubiläumstiftung zur Unterstützung des Kleingewerbes hat 200 Kronen für die Armen Wiens gewidmet.

Die verstorbene Frau Emilie Pretis de Cagnodo hat testamentarisch für arme Familien des 8. Bezirkes 200 Kronen gewidmet.

Die Hinterbliebenen nach dem Bezirksrat Josef Spähte haben 200 Kronen für die Armen des 6. Bezirkes erlegt.

Das Stift Klosterneuburg hat den Armen Wiens 300 rm Holz zur Verteilung an die Armen Wiens gewidmet.

Für das Uhrenmuseum der Stadt Wien sind nachstehende Spenden eingelangt: Von Herrn Ober-Magistratsrat Josef Langthaler eine Stockuhr (Darstellung des Merkur), vom Verein der Freunde des Uhrenmuseums hat ein von ihm angekaufter Teil der Uhrensammlung des verstorbenen Fabrikanten Gustav Leiner.

Der Bürgermeister erstattet einen ausführlichen Bericht über die mit Rücksicht auf die kritische Lage des Lebensmittelmarktes unternommenen Schritte der Obmänner Konferenz und der Konferenz mit den Wiener Reichratsabgeordneten und sagt sodann: Ich habe im Sinne dieser Entschliessung wiederholt beim Minister-Präsidenten vorgesprochen und die Zusage erhalten, dass am nächsten Freitag 10 Uhr vormittags die von den Reichratsabgeordneten der Stadt Wien gewünschte Besprechung im Abgeordnetenhaus stattfinden wird.

Ich habe weiters Veranlassung genommen, um eine möglichst rasche Besserung der Verhältnisse zu erzielen, bei den massgebenden Regierungsstellen vorzusprechen und habe zu meiner aufrichtigen Genugtuung die Wahrnehmung gemacht, dass auch der Minister des Aeussern, der Kriegsminister, sowie Generalmajor von Landwehr der eindrucksvollen Kundgebung der Wiener Gemeindeverwaltung ein dankenswertes Interesse entgegenbringen.

Es sprechen nun Anzeigen dafür, dass die Brot- und Mehlvorsorgung in den allernächsten Wochen infolge günstiger Zufuhren aus Ungarn unter der Voraussetzung als gesichert bezeichnet werden kann, wenn die Transportmittel bereitgestellt werden und die bei der ungünstigen Jahreszeit zu befürchtenden sonstigen Hemmungen überwunden werden können.

Auch in der Fettversorgung ist insofern eine günstigere Wendung eingetreten, als durch das Entgegenkommen des Kriegs-Ministeriums ein Quantum Gelsaten für die Margarinerzeugung freigegeben wurden, so dass die Kopfquote von 60 Gramm pro Woche in Butter und Margarine voraussichtlich bis Mitte Jänner sichergestellt erscheint.

Freilich muss ich bei diesem Anlass an den Minister Homann appellieren, damit die für die Margarinerzeugung erforderliche Kohle den Fabriken zur Verfügung gestellt werde.

Jedenfalls müssen aber die Verhandlungen zwischen der österreichischen und ungarischen Regierung hinsichtlich der Verpflichtung Ungarns zur Ablieferung eines festen Kontingentes an Fettprodukten möglichst rasch und mit Erfolg durchgeführt werden.

Die für die geregelte Abgabe im Dezember erforderlichen Zuckermengen werden voraussichtlich aufgebracht werden können, wenn die stark behinderten Transporte durch eine energische Aktion der massgebenden Organe endlich auf den Weg gebracht werden.

Auch die Kartoffelversorgung kann als gebessert bezeichnet werden, da es der Gemeinde gelungen ist, den Bedarf der Bevölkerung unter Zugrundelegung einer Wochenkopfquote von 1 1/2 kg bis Mitte März 1918 durch Einmietung beziehungsweise Einlagerung in Wien sicherzustellen.

Die GR. Kanschak, Dr. Hemala, Schwarz, Solterer, Spalowsky, Ulbrich und Genossen stellen folgende Anfrage: Die jüdischen Flüchtlinge sind in Wien zu einer wahren Stadtplage geworden, die unser gemeinsames wirtschaftliches Leben vergiftet und untergrübt. In den Gerichtssälen überfüllten Sälen mit fast nur die Namen von galizischen Juden, welche wegen Kettenhandel, Schleichhandel und wegen der unglücklichsten Freiwirtschaften angeklagt sind. So konnte am 24. November das Kriegswucheramt berichten, dass die galizische Jüdin Julie Wiener ein Kaffee Surrogat in Verkauf brachte, dass sie um 12 Kronen pro Kilogramm --- mit einem 60 %igen Gewinn-verkaufte. Der Inhalt dieses Surrogates bestand aus Unkrautsamen und Kehrlicht. Am 26. November hat die Wiener Polizeidirektion mit einer geradezu erstaunlichen Offenherzigkeit bekannt, dass der jüdische Flüchtling Jakob Rabinowicz, der im Jahre 1914 mit einem Baarvermögen von kaum 200 Kronen von Galizien nach Wien kam, für das Jahr 1916 eine Kriegsgewinnsteuer von 615.000 Kronen vorgeschrieben erhielt. Das Verbrechen aber, das dieser Jude Rabinowicz begangen hat, ist mit vollem Recht unter dem Begriff - Hoch- und Landesverrat - zu zählen. Zu einer Zeit, wo unsere Valuta im Aufrande auf das Aeusserste geschwächt ist, zu einer Zeit, wo wir trotz unser xxx fort schreitenden Verblendung die wichtigsten Bedarfsartikel ins neutrale Ausland ausführen müssen, um Lebensmittel hereinzubekommen, zu dieser Zeit tritt der Jude Rabinowicz den niederträchtigsten Wucher und Kettenhandel mit Gold und erzielte hierbei fabelhafte Gewinne. Es wird gefragt,

Ist der Bürgermeister geneigt, bei der Regierung ungesäumt und mit allem Nachdrucke dahin vorstellig zu werden, dass im Sinne des vom Wiener Gemeinderate gefassten Beschlusses der sofortige Abtransport der jüdischen Flüchtlinge und zwar ohne Unterschied ob sie in staatlicher Fürsorge stehen oder durch Millionen Betrug sich selbstständige Existenzen gegründet haben, erfolge? Sollte dieser Abtransport in taschesteher Frist nicht durchführbar sein, so xxx die sofortige Internierung der jüdischen Flüchtlinge im Barackenlagern und die Anhaltung derselben zu gemeinnützigen Zwecken durchzuführen. (Beifall bei der Mehrheit).

GR. Wolny: Das ist das einzige Mittel, um uns zu erhalten. Das sind gemein gefährliche Individuen.

407
R

Bürgermeister Dr. Weiskirchner: Ich habe wiederholt in der Flüchtlingsfrage interveniert und werde diese Anfrage zum Anlasse nehmen, um neuerdings beim Minister des Innern vorzusprechen. Allerdings muss ich bemerken, dass der Flüchtlingsausschuss des österreichischen Abgeordnetenhauses eine Stellung einnimmt, die wohl die Interessen der Flüchtlinge voll und ganz vertritt, welche aber nicht geeignet ist, die Interessen und Verhältnisse des Hinterlandes zu fördern. (Rufe: Wo sind die Wiener Abgeordneten?) Es scheint mir notwendig, auch in dieser Sache wie in der Lebensmittelfrage einen Appell an die Wiener Abgeordneten zu richten, im Interesse der bodenständigen V Bevölkerung und zum Schutze derselben eine Interpellation im Abgeordnetenhaus einzubringen.

GR. Herold RICHTET AN den Bürgermeister eine Anfrage, dahingehend, ob die Vertreter der Gemeinde beim Ernährungsamt für die Förderung der Bienezucht eintreten wolle, damit der Honig als ein Nahrungsmittel der Bevölkerung zugute komme.

Diese Interpellation wird als Antrag der Magistrats-Direktion zur Berichterstattung zugewiesen, gleichzeitig bemerkt der Bürgermeister, dass hinsichtlich der Adria Fischerei umfassende Vorkehrungen getroffen sind, welche die baldige Zufuhr von Seefischen erwarten lassen.

GR. Hohensinner urgiert in einer Anfrage die Erledigung seines Antrages, betreffend eine Teuerungszulage für die Familien der eingerückten Beamten und Lehrer, welche dem Mannschaftsstande angehören und regt an, den Familien dieser Angestellten eine Aushilfe zuzuerkennen.

Der Bürgermeister erwidert, dass in der nächsten Sitzung ohnehin die Anträge bezüglich der Angestellten zur Beratung kommen sollen.

In einer 2. Anfrage verweist GR. Hohensinner auf die Obstknappheit und fragt an, ob der Bürgermeister beim Ernährungsamt Abstellung des Obstskandals erwirken wolle.

BGM. Dr. Weiskirchner versichert, dass er und die Beamten des Magistrates bemüht seien, in die Obstzufuhr Ordnung zu bringen, es dürfe aber nicht übersehen werden, dass die Offensive gegen Italien tatsächlich soviel Eisenbahnmateriale beansprucht hat, dass die Obstzufuhr nahezu ganz verhindert wurde.

Die Gemeinderäte Penz und Schäfer richten an den Bürgermeister eine Anfrage, betreffend die Verschiebung der Sperrstunde von 10 auf 11 Uhr und verweisen darauf, dass dies nicht nur ein Bedürfnis eines grossen Teiles der Wiener Bevölkerung sei, sondern auch eine Existenzfrage von sehr vielen Wiener Gastwirten, Etablissementbesitzern und Hoteliers bedeute. GR. Penz verweist auch auf Budapest, wo eine einheitliche Sperrstunde für das gesamte Gastgewerbe bestehe, was auch in Berlin und in allen deutschen Städten der Fall sei, dort sei die Sperrstunde nicht so zeitlich angesetzt wie in Wien, trotzdem in diesen Städten noch ein grösserer Mangel an Kohle herrscht.

GR. Schäfer ersucht in einer Anfrage der Kaffeesieder Wiens. Der Bürgermeister wolle veranlassen, dass die Sperrstunde der Kaffeehäuser von 11 auf 12 Uhr nachts verlegt werde.

BGM. Dr. Weiskirchner erwidert: Die Interpellation der Kollegen Penz und Schäfer kann ich nur dahin beantworten, dass ich mit dem Polizeipräsidenten und dem Statthalter reden werde. Ich mache aber darauf aufmerksam, dass die Lage auf dem Kohlenmarkte durchaus noch nicht so gesichert ist. Sobald das möglich sein wird, wird ja auch von allen Behörden im Interesse des Gast- und Kaffeehausgewerbes alles getan werden, was notwendig ist. Ich betone nur, dass der Kohlenvorrat der städtischen Gaswerke noch immer von Tag zu Tag sinkt.

GR. Dr. Hein überreicht namens der bürgerlich-freieitlichen Gemeinderäte nachfolgende Interpellation: Mit grosser Freude hat die Bevölkerung Wiens die Tatsache begrüsst, dass zwischen dem russischen Volke und den Mittelmächten Verhandlungen stattfinden, welche endlich die Aussicht eröffnen, dass dem kulturschänderischen Morden in absehbarer Zeit ein Ende bereitet werde.

Das neuerliche Bekenntnis zum Verständigungsfrieden, welches Graf Czernin in der gestrigen Delegationsitzung abgelegt hat, findet allgemeine Zustimmung.

Seit Wochen haben die Frauen Wiens, sowie Arbeiter und Bürger in zahlreichen massenhaft besuchten Versammlungen die tiefe Sehnsucht nach einem baldigen Ende dieses furchtbaren Krieges zum Ausdruck gebracht.

In diesem weltgeschichtlichen Augenblicke ist es die Pflicht der freigewählten Vertretung der Reichshaupt- und Residenzstadt Wien, ihre volle Uebereinstimmung mit dem Willen des Volkes und den Anschauungen des Ministers des Aeussern zu bekunden, zumal in den verschiedenen parlamentarischen Körperschaften Bestrebungen zu Tage treten, welche geeignet erscheinen, das begonnene Friedenswerk zu stören.

Ich stelle daher namens des Verbandes der bürgerlich-freieitlichen Gemeinderäte die Anfrage:

Ist der Herr Bürgermeister geneigt, dem Wunsche der Wiener Bevölkerung Ausdruck zu verleihen, dass der Minister des Aeussern sich bei seinem Streben nach einem baldigen, allgemeinen Verständigungsfrieden durch keinerlei von welcher Seite immer ausgehenden Störungsversuche beirren lassen möge.

BGM. Dr. Weiskirchner erwidert, dass er diese Anfrage im Einvernehmen mit dem Interpellanten behandelt habe und verweist auf die Friedenskundgebung zu Beginn der Sitzung.

GR. Dr. Klotzberg stellt folgende Anfrage: Die Wagenführer der städtischen Strassenbahnen tragen Pelzmützen, Pelzröcke und warme Fussbekleidung. Die Wagenführerinnen haben weder Pelzmützen, noch Ohrenschützer, noch Kaputzen, nicht Pelzmäntel und auch nicht warmes Fusszeug.

Aus diesem Grunde richte ich an Sr. Excellenz den Herrn Buegermeister die Anfrage, ob er nicht geneigt ist, bei der Strassenbahndirektion dahin zu wirken, dass auch den Wagenführerinnen die geeignete warme Kleidung angeschafft wird.

BGM. Dr. Weiskirchner verliest einen Bericht der Direktion der städtischen Strassenbahnen, in welchem alle die Kleidungsstücke angeführt werden, welche den Wagenführerinnen ausgefolgt werden.

GR. Stangelberger beantragt, in Erwägung der ausserordentlichen, fachmännischen Dienstleistungen des Schank- und Kellnerpersonales dringlichst eine ausgiebige Erhöhung ihrer Bezüge, insbesondere für die länger dienenden und verheirateten Bediensteten.

GR. Stangelberger beantragt die Umbenennung des Hernalsergürtels in Josefstädtergürtel und des Währingergürtels in Alsergürtel.

Die Anträge werden der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen.

Es wird hierauf an die Erledigung der Tagesordnung geschritten.

VB. Hoss berichtet über die Bewilligung von Zuschusskrediten aus Anlass der Einführung des 100 Zigen Kriegszuschlages zur Rentensteuer für das Verwaltungsjahr 1916/17 in der Höhe von 46.600 Kronen und 110.000 Kronen.

VB. Hoss beantragt die weitere Stundung der Rückzahlung von Gehaltsvorschüssen an städtische Angestellte.

Nach einem Antrage des VB. Hoss wird dem bestatretlichen Arbeitgeber Hauptverband zur Förderung der Arbeitsvermittlung eine Subvention von 500 Kronen bewilligt.

VB. Hoss berichtet über die Regelung der Bezüge der Stadtgärtner und Stadtgarten-Assistenten.

VB. Rain beantragt die Errichtung eines zweiten städtischen Kohlenlagerplatzes in Michelbeuern mit den Kosten von 50.000 Kronen.

VB. Rain stellt folgenden Antrag: Die Gemeinde Wien sendet den im Felde stehenden Angehörigen der aus Wien sich ergänzenden Truppenkörper des II. Korps zu Weihnachten 1917 Liebesgaben bestehend aus: Zigaretten, Rauchtobak, Zigaretten Dosen, Pfeifen und Notizbücher. Die Gesamtauslagen betragen 140.000 Kronen.

Vize-Bürgermeister Rain beantragt den Beitritt der Gemeinde Wien zur Zentraleinkaufsstelle für Textilwaren verarbeitende Gewerbe G.m.b.H. als Gesellschafter mit einer Stammeinlage von 100.000 Kronen.

Vize-Bürgermeister Rain beantragt die Genehmigung der Kosten für die Umarbeitung von 40 Stellwagen zum Lebensmitteltransport mit den Kosten von 23.000 Kronen.

Nach einem Berichte des Stadtrates Dr. Haas wird die Liegenschaft Einl-Z. 263 im 3. Bezirke Dietrichgasse 30 um Pauschalpreis von 66.000 Kronen angekauft.

STR. Schneider berichtet über das Ergebnis der mit der Militärverwaltung anlässlich der Rückstellung städtischer Schulgebäude gepflogenen Schadenersatzverhandlungen.

STR. von Steiner legt eine Petition vor, es mögen auf Staatskosten Erhebungen über die Lage der Kriegshinterbliebenen und der Familien der Kriegsbeschädigten durchgeführt werden und führt aus:

Die Vertretung der Reichshaupt- und Residenzstadt Wien hat sofort nach Ausbruch des Weltkrieges in banger Sorge um das künftige Schicksal der Kriegshinterbliebenen und Kriegsbeschädigten in eigenen Wirkungskreise die notwendigen Massnahmen durchgeführt sowie in zahlreichen Beschlüssen und mündlichen Verhandlungen bei der gemeinsamen sowie der österreichischen Regierung interveniert.

Excellenz Mataja hat jüngst im Abgeordnetenhause die Schaffung eines Netzes von Fürsorgestellen angekündigt, ohne nähere Einzelheiten der Pläne des neuen Ministeriums mitzuteilen. Es ist daher dringend notwendig, hierzu Stellung zu nehmen.

Das öffentliche Gewissen ist aber einigermassen beruhigt, man möchte fast sagen, eingeschlafert worden durch die Tatsache, dass die Kriegshinterbliebenen Familien den Unterhaltsbeitrag fortbezogen, ebenso die Familien jener Kriegsinvaliden, die mit einer mindestens 20%igen Minderung der Erwerbsfähigkeit aus dem Felde heimkehren.

Die Kriegsinvaliden finden heute wie jeder halbwegs Arbeitsfähige gut bezahlte Arbeit.

Mit dem Tare der Heimkehr der gesunden Krieger wird sich aber die Lage der Kriegsinvaliden wesentlich verschlechtern und wovon sollen dann ihre Familien leben und die Familien der Kriegshinterbliebenen, wenn die Einzahlung der Unterhaltsbeiträge erfolgt? Das städtische Jugendamt hat im Oktober 1915 auf diesem Gebiete eine vorzüglich angelegte Vorbereitung geleistet. In neun Wienerbezirken wurden bei den Zahlstellen der Unterhaltsbeiträge die Angehörigen der im Kriege Gefallenen Verstorbenen und seit längerer Zeit Vermissten festgestellt, und ihre Lage durch nach allen Seiten eingeleitete Recherchen erhoben.

Bis jetzt ist dies in circa 2.400 Fällen, welche erfasst werden konnten, erfolgt.

407/5 Schon diese Material ergab die grosse Mannigfaltigkeit der Fälle und es ist im Interesse der Hiberbliebenen und Kriegsbeschädigten unbedingt notwendig, eine auf amtliche Erhebungen fussende Statistik zu erlangen und diese Material und diese Ziffern sollen kein totes Material bleiben. Der Kataster der Kriegsoffer wird eine lebendige Fürsorge-Arbeit wecken und sichern. Erst durch ihn werden wir die neue, nur zu grosse Schichte unserer Bevölkerung nach allen Seiten kennen lernen und volle Klarheit über die Art, Richtung und den Umfang dessen gewinnen, was Staat und Gesellschaft in vereinter Arbeit werden leisten müssen. Ist dieses Material geschaffen, ist einmal der Kreis der Fürsorgebedürftigen vollständig erfasst, dann werden die Ortsgruppen aus der lebendigen Mshnung der Aufzeichnungen im Kataster in engster Fühlung mit den Betroffenen hilfsbereite Arbeit vom Mensch zu Mensch zu leisten imstande sein. Dies ist der Zweck des in Verhandlung stehenden Antrages

Der Referent richtet schliesslich an den Bürgermeister als Mitglied des Herrenhauses den Appell, die Petition auch im Herrenhause vorlegen zu wollen.

GR. Emmerling sagt, dass man im grossen und ganzen mit den Ausführungen des Referenten einverstanden sein könne, es müsse aber bemerkt werden, dass der Titel des Referates " Soziale Fürsorge" etc. in gar keinem Einklange steht mit dem Antrage, der nur darauf hinauslaufe, statistische Grundlagen zu schaffen. Er ist ganz damit einverstanden, dass auch solche Grundlagen geschaffen werden, aber in der jetzigen Zeit, in der man doch endlich mit einiger Hoffnung sagen könne, dass der Krieg nun sein Ende nehme, ist doch auch die Frage selbst und ihre ungesäumte Regelung eine sehr dringliche. Was die zu erstrebende Regelung der Invaliden, Witwen- und Waisenversorgung anbelange, müsse vor allem verlangt werden, dass die Renten nicht entsprechend den früheren Gargengraden der Betroffenen, sondern der eingetretenen Erwerbsunfähigkeit entsprechend bemessen werden. Für die Gemeinde ist es aber auch schon aus dem Grunde notwendig, zu der Frage selbst Stellung zu nehmen, weil ja die Gemeinden und die Krankenkassen und durch diese ebenfalls wieder die Gemeinden nach dem Kriege in arge Mitleidenschaft gezogen werden und weil zu befürchten ist, dass nach Beendigung des Krieges die verschiedenen massgebenden Herrschaften nicht mehr so geneigt sein werden, für die Opfer dieses Kriegs zu sorgen.

STR. von Steiner führt in seinem Schlussworte aus, dass die Gemeinde bereits seit Oktober 1914 in dieser Frage immer wieder Schritte bei den gemeinsamen und den österreichischen Ministern unternommen habe. Jede neue Regierung erklärt es förmlich als eine programmatische Pflicht die Novellierung des Militärversorgungsgesetzes durchzuführen, wie aber diese Novellierung aussehen soll, erfährt niemand. Wir wollen also auf dem Wege des heutigen Antrages die Grundlagen gewinnen, um auf Grund derselben unsere Forderungen mit allem Nachdrucke erheben zu können.

Die Referentenanträge werden sodann angenommen.

STR. Tomola berichtet sodann über die Erhöhung der Ruhegehülse jener Lehrpersonen, die 1. Jänner 1915 bis 31. März 1916 in den Ruhestand getreten sind.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft und die Sitzung ist geschlossen.

Bürgerklub. Der gemeinderätliche Bürgerklub hielt heute vor Beginne der Gemeinderatsitzung unter dem Vorsitz seines Obmannes GR. von Steiner eine Sitzung ab, in welcher die aus der Tagesordnung der Gemeinderatsitzung stehenden Gegenstände besprochen wurden. Für die Wahl von 6 Mitgliedern in das Kuratorium der Kaiser Franz Josef Stiftung zur Unterstützung des Kleingewerbes wurden die GRe. Angermayer, Körber, Leitner, Panoschh, Roth und Leopold Schmidt als Kandidaten namhaft gemacht. Es wurde ferner die Absendung eines Begrüssungstelegramms an den Grazer christlich sozialen Gemeinderatsklub, welcher sich heute konstituierte, beschlossen.